



Prioritäten der 21. Legislaturperiode Empfehlungen zur **Staatsmodernisierung**

*Die Stimme der Sozialen
Marktwirtschaft*

Prioritäten der 21. Legislaturperiode für die Außenwirtschaft

Wege aus der Überforderung – Deutschland modernisieren

Bürokratische Überforderung wird immer mehr zu einem echten wirtschaftlichen Hemmer. Unternehmen stehen vor dem Problem zunehmend Ressourcen zur Erfüllung bürokratischer Anforderungen bündeln zu müssen. Verwaltungsbehörden sind oft nicht mehr in der Lage zeitnahe Entscheidungen zu treffen. Nicht nur Unternehmen sind vom immensen Erfüllungsaufwand betroffen, sondern auch Bürger und Verwaltung selbst. Zusammenfassend ist der gesamte Staatsapparat in all seinen Facetten durch die steigende Bürokratie gelähmt. Es braucht nun den politischen Willen zu Veränderung.

Der Abbau von bürokratischen und regulatorischen Lasten ist eines der vorrangigen drängenden Probleme der deutschen Wirtschaft. Aber auch der deutsche Staat wird gelähmt, weshalb der Wirtschaftsrat insgesamt eine Staatsmodernisierung fordert. Die bürokratische Verwaltung und das Regulierungsdickicht werden zunehmend auch für Unternehmen zur Gefahr. Mehr und mehr sind auch sie von den unterschiedlichen Berichts- und Nachhaltigkeitspflichten und den damit einhergehenden Bürokratiewucher gelähmt. Deutschland benötigt daher eine umfassende Verwaltungsreform.

A. Aufgaben hinterfragen, Staat und Markt wieder in Balance bringen

Deutschland hat seine Balance zwischen Staat und Markt verloren. Bund und Ländern müssen ihr staatliches Handeln auf das Wesentliche reduzieren und wieder Vertrauen den Bürgern und Unternehmen entgegenbringen. Stattdessen hat sich der deutsche Staat in einem Regulierungsdickicht verheddert und bringt sowohl seine öffentliche Verwaltung als auch Bürger und Wirtschaft an die Belastungsgrenzen. Seit Jahren steigt der Erfüllungsaufwand erheblich. Im Jahr 2024 war die deutsche Wirtschaft bereits mit 14 Mrd. Euro durch die Erfüllung von bürokratischen Vorschriften belastet. Bürokratieentlastungsgesetze brachten nur marginale Entlastung. Unternehmen brauchen dringend klar erkennbare Maßnahmen, mit denen Wachstumskräfte freigesetzt und Bürokratiefesseln durchschnitten werden.

Um den Wirtschaftsstandort wieder wettbewerbsfähig zu machen, braucht es grundlegende Reformen, die allen voran strukturelle Probleme lösen müssen und das tieferliegende Aufgabenverständnis des Staates adressieren. Der Wirtschaftsrat der CDU fordert daher konkret die

1. Reform der Staatsaufgaben, um Aufgaben und Ausgaben zu hinterfragen und Rechtssetzung zu reduzieren;

2. Reform der Bürokratie, in der Prozesse hinterfragt, optimiert und digitalisiert werden;
3. Reform der öffentlichen Verwaltung, die Effizienz und Effektivität durch Digitalisierung und Daten ermöglicht;
4. Reform des Öffentlichen Dienstes, die von Agilität und einem veränderten Selbstverständnis geprägt ist;
5. Reform des Mindsets, um Probleme zu erkennen und lösungsorientiert zu handeln und
6. Reform der Staatsorganisation, denn der Staat muss handlungsfähiger werden.

Der Prozess der Staatsmodernisierung braucht eine klare Ziel- und Wirkungsanalyse. Die neue Bundesregierung muss Ziele definieren, um eine Umsetzung messbar zu machen. Weiterhin darf nicht weiter der Input fokussiert werden, sondern es braucht eine Bewertung der effektiven Ergebnisse staatlichen Handelns. Bei Gesetzen sollte neben dem Erfüllungsaufwand auch der Umsetzungsnutzen bestimmt werden.

B. Staatsmodernisierung als Chefsache, Koordinierung im Bundeskanzleramt

Die Modernisierung des Staates kommt in ihrer Intensität und Durchgriffstiefe einer regelrechten Transformation gleich. Sie braucht den notwendigen politischen Willen aller staatlichen Akteure. Die Staatsmodernisierung ist daher eine Führungsaufgabe und muss in der neuen Bundesregierung zur Chefsache werden. Daher sollte im Bundeskanzleramt die Funktion eines Koordinators eingerichtet werden, um die betroffenen und beteiligten Akteure auf Bundes- und Länderebene auf das Ziel der Staatsmodernisierung hin auszurichten und dieses Staatsprojekt als Gemeinschaftsaufgabe zu koordinieren. Die erforderliche Aufgabenkritik des Staates einerseits und die Wirkungsanalyse andererseits muss in dieser Koordinatorenrolle zusammenlaufen.

Um staatliches Handeln wieder effizient zu machen und zu beschleunigen, darf staatliches Handeln sich nicht länger in Zuständigkeitsfragen blockieren. Daher gehört neben einem konsequenten Bürokratieabbau auch, den Föderalismus notwendigen Reformen zu unterziehen. Ein neues Aufgaben- und Umsetzungsverständnis des Staates hat infolge dessen auch eine gesellschaftliche Dimension, bei der auch die Eigenverantwortung des Bürgers wieder in den Mittelpunkt rückt. Es ist daher Aufgabe des kommenden Bundeskanzlers, mit klarer politischer Überzeugung die Transformation des Staates voranzutreiben.

C. Deregulierung in Europa fördern, Umsetzung in Deutschland verbessern

Bürokratieabbau und die Aufgabenkritik des Staates beginnen bereits auf der europäischen Ebene. Rechtsvorschriften aus der EU sorgen ebenfalls für einen erheblichen Erfüllungsaufwand in den Mitgliedsstaaten. EU-Rechtsakte müssen direkt in nationales Recht umgesetzt werden. Sogenanntes Gold-Plating, also das Auftragen unnötiger Regulierungsschichten bei der Umsetzung in nationales Recht, muss aufhören.

Der Bürokratiewucher ist längst zu einem echten Wachstums- und Innovationshemmer in der EU geworden. Die EU-Kommission hat die Zeichen der Zeit erkannt und das Thema Bürokratieabbau und Vereinfachung von Regulierung zu einem Schwerpunkt in ihrem jüngsten Arbeitsprogramm

gemacht. Wir brauchen ein Umparken in den Köpfen der Brüsseler Kommission. Es ist eine Frage der Glaubwürdigkeit, ob die EU-Politik die Deregulierung ernstnimmt. Ein guter Ansatz der EU-Kommission ist, mit Unternehmen und Vertretern der Wirtschaft frühzeitig im Verfahren und regelmäßig das Rechtsdesign und die Anwendung des EU-Rechtsrahmen kritisch zu hinterfragen. Diese Praxis muss vermehrt Anwendung finden. Der Wirtschaftsrat fordert daher:

- Den kontinuierlichen Austausch zwischen Politik und Unternehmen. Politische Regulierung muss von unternehmerischer Erfahrung profitieren.
- EU-Regelungen dürfen nicht zu einer Verdoppelung von Regelungsinhalten führen. Nationale Regelungen sind zu streichen, wenn die EU die einheitliche Regelungskompetenz für sich in Anspruch nimmt.
- „Gold-Plating“ bei der Umsetzung von EU-Recht muss beenden. Bei der Umsetzung in nationales Recht ist darauf zu achten, dass keine zusätzlichen Belastungen entstehen.

Es braucht ebenfalls konkrete Maßnahmen, um Regulierung in der EU wieder zurückzufahren und wo möglich komplett zu streichen. Das Prinzip muss sein, nur da zu regulieren, wo legislative Vorgaben zwingend notwendig sind. Die *Omnibus Simplification Packages* der EU-Kommission sind ein guter Start. Der Wirtschaftsrat fordert:

- Schnelle Umsetzung der angekündigten Omnibus Simplification Packages der EU-Kommission mit konkreten Entlastungen für mittelständische Unternehmen.
- Deregulierung braucht klare Zielsetzungen. Vorrang muss die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft haben.
- Wie in Brüssel im Rang eines Kommissars, so sollte auch im Bundeskanzleramt eine verantwortliche Person den Bedarf, die Vereinfachung und die Umsetzung von (europäischer) Regulierung steuern und koordinieren. Auch hier gilt: Deregulierung, bessere und vereinfachte Rechtsetzung ist oberste Führungsaufgabe.

D. Fazit

Deutschland leidet unter der bürokratischen Belastung. Schlechte Regulierung geschieht dabei oftmals bereits auf europäischer Ebene, aber auch bei der Umsetzung in nationales Recht wird Bürokratie zum Hemmschuh. Um Staat und Verwaltung in Deutschland fit für die erforderlichen Transformationsprozesse in dem Wirtschaften zu machen, sind Reformen dringender denn je. Nur durch eine neue Ausbalancierung des Grads an staatlicher Regulierung und politischer Lenkung kann diesen Herausforderungen angemessen begegnet und der Wohlstand in Deutschland gesichert werden.

Es sollte Anspruch Deutschlands sein, dass der öffentliche Sektor nicht von den technologischen Entwicklungen getrieben wird, sondern diese mitgestaltet werden. Dazu gehören umfassende Reformen: sowohl für die Verwaltungen auf Bundes-, Landes und kommunaler Ebene als auch für die föderale Staatsorganisation insgesamt.

- Staatsaufgaben und korrespondierende Ausgaben müssen einer kritischen Reflexion im Hinblick auf Zweckmäßigkeit, Zielerreichung und Überforderung der handelnden Akteure standhalten und im Zweifel reduziert werden.
- Die Zusammenarbeit zwischen öffentlichem und privatem Sektor muss verbessert werden.
- Den Kommunen kommt zudem eine hohe Bedeutung zu. Sie sind von einer Transformation der Verwaltung in die digitale Welt herausgefordert. Finanzielle Ressourcen müssen hierfür erwirtschaftet werden. Die Zusammenarbeit mit den Kommunen als ausführende Behörden muss verbessert werden. Nicht zuletzt sind sie Adressat, wenn es um eine Veränderung des Mindsets hin zu Zielsetzung, Lösungsorientierung und Agilität geht. Daher müssen auch die Kommunen in die Entscheidungsfindung bei Reformen und Projekten, die sie direkt betreffen, einbezogen werden.

Berlin, 26. Februar 2025